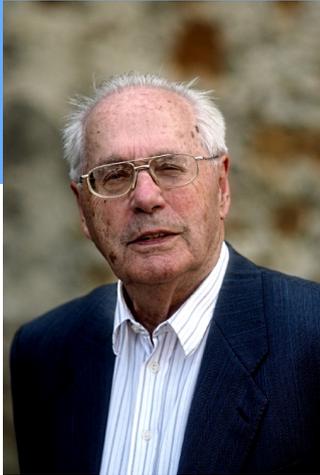


Keupers

kritischer

Kommentar



11-01-2017

November 2017

Ist „links“ heutzutage „out“?

Nach der Bundestagswahl am 24. September 2017, mit dem desaströsen Ergebnis für die SPD und dem Wahlerfolg für die AfD, fragen sich so manche Mitmenschen, ist das das „Aus“ für linksorientierte Politik in Deutschland? Ähnlich wie es sich in Frankreich, in Spanien, Griechenland, Österreich und anderen Staaten in Europa so ergeben hat? Ist jetzt nach der neoliberalen Denkweise, rechtes Nationales als Kernelement für die Politik angesagt?

Wenn man sich die Ergebnisse dieser Wahl so anschaut, 20,5 Prozent der gültigen Stimmen für die SPD, 9,2 Prozent für die Sozialisten der LINKEN und 8,9 Prozent für die linksliberalen GRÜNEN, ergeben zusammen 38,6 Prozent der abgegebenen Stimmen für linksorientierte Parteien, für eine linksorientierte Politik im Lande. Und wenn man die Stimmenanteile nicht nur auf die abgegebenen gültigen Stimmen bezieht, sondern unter entsprechender Berücksichtigung der Nichtwähler, dann haben SPD, DIE LINKEN und die GRÜNEN zusammen nur 29,3 Prozent der Wahlberechtigten auf sich vereinen können, haben nur 29,3 Prozent für eine mehr links ausgerichtete Politik gestimmt. Da kann man schon mal sagen, auch in Deutschland ist linke Politik nicht gefragt, ist linke Politik zurzeit „out“!

Wenn man zurückschaut auf die zurückliegenden Bundestagswahlen wird man feststellen, dass bis auf die erste Bundestagswahl 1949, linksorientierte Parteien in der alten Bundesrepublik, meist vertreten nur durch die SPD, vor 1969 um die 35 Prozent der gültigen Stimmen erhielten, und in der Phase von 1969 bis 1987 etwa 44 Prozent.

Nach der Wiedervereinigung verteilten sich die Stimmenanteile für eine linke Politik auf SPD, GRÜNE und PDS. Diese drei Parteien erreichten bis 2002 einen Stimmenanteil von durchschnittlich 48,2 Prozent, wobei 1998 mit zusammen 52,7 Prozent der gültigen Stimmen der bisher höchste Stimmenanteil für linke Politik in der Bundesrepublik erzielt wurde, durch SPD = 44,9, Grüne = 6,7 und PDS = 5,1 Prozent.

Da im Jahre 2005 SPD, die Grünen und die Linkspartei.PDS zusammen 50,5 Prozent erreichen, im Jahre 2009 SPD, die Grünen und die 2007 aus der ostdeutschen Linkspartei.PDS und der westdeutschen WASG entstandenen Partei DIE LINKE zusammen 45,6 Prozent, im Jahre 2013 die gleichen Parteien nur noch 42,7 Prozent und bei der letzten Bundestagswahl 2017 lediglich 38,6 Prozent der gültigen Wählerstimmen auf sich vereinen konnten, muss man resümieren, dass der Stimmenanteil der linksorientierten Parteien seit 1998 sich im stetigen Sinkflug befindet. Den Hauptanteil daran haben zweifelslos die Sozialdemokraten, deren Stimmenanteil von 40,9 Prozent im Jahre 1998 auf nur noch 20,5 Prozent vor einigen Wochen sich in etwa halbierte, während die beiden kleineren Linksparteien bei zusammen im Durchschnitt etwa 18 Prozent verharren. Das heißt, sie haben von den Ver-

lusten der SPD per se in der Summe nichts partizipiert. Erschreckend ist dabei, dass viele der Wählerinnen und Wähler welche früher links gewählt haben, nicht nur die die früher SPD gewählt hatten, sondern auch viele der ostdeutschen Anhänger der früheren, jetzt in der Partei DIE LINKE integrierte PDS, sich nun von linker Politik abgewendet und mehrheitlich die völkisch-nationale AfD wählten, oder nicht zur Wahl gegangen sind. Ja, frühere linke Arbeiter wählten nachweislich die extremen Rechtspopulisten!

Die linken Parteien müssen ihre Zwistigkeiten überwinden!

Diese Entwicklung ist nicht nur bei uns in Deutschland festzustellen, sondern ist ein europaweites Phänomen. Das ist nicht nur für eine progressive linke Politik alarmierend, sondern auch für eine zukunftsorientierte, freiheitliche und soziale Demokratie eine verheerende Perspektive.

Darum, die linksorientierten Parteien müssen ihre politischen, aber auch oft persönlichen Divergenzen, respektive egozentrische Machtansprüche endlich überwinden, denn so heillos zerstritten wie sie zurzeit sind, sind sie zu keiner linken Regierungsalternative in der Lage. „Es fehlt ihnen sowohl der politische Wille, als auch die erforderlichen inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Doch ohne eine linke Alternative bleibt nur die rechte. Der Aufstieg der AfD ist somit auch der Ausdruck des Versagens der deutschen Linken“, so resümierte Albrecht von Lucke in seinem Buch: „Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken“.

Politik für mehr soziale Gerechtigkeit.

Die linksorientierten Kräfte in Deutschland, in Europa müssen zusammenfinden, um eine gemeinsame Politik der sozialen Gerechtigkeit wieder voranzubringen. Und als der größere Bruder sollte die SPD die Führungsposition in einem „neuen Linksbündnis“ übernehmen. Nicht nur auf die politischen Fragen der Gegenwart muss dieses „Linksbündnis“ plausible Antworten finden, sondern besonders auch auf die brennenden Zukunftsprobleme. Digitalisierung und ihr Einfluss auf die Arbeitswelt, Wohlstand bei sich verringerndem Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit und mehr gesellschaftliches Miteinander. Umweltschutz sozialverträglich gestalten und gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen für alle, das sind die Themen einer erfolgreichen linken Politik.

Martin Schulz hat recht, wenn er den sogenannten „Dritten Weg der Neuen Mitte“ des Schröder-Blair Papiers, als Manko der letzten 10 bis 20 Jahre sozialdemokratischer Politik betrachtet. Die Hinwendung zum Neoliberalismus hätte mit einer gleichzeitig möglichen sozialen Begleitpolitik einhergehen müssen. Dieses Versäumnis sind der sozialdemokratischen Politik nachhinein vorzuwerfen, denn eine freie Marktwirtschaft kann nachweislich durchaus mit einer Stärkung der sozialen Gerechtigkeit einhergehen. Einst hatte der sogenannte „Rheinische Kapitalismus“ sich als erfolgreicher Weg der Bipolarität expansiver Unternehmerpolitik und Stärkung und Förderung von Arbeitnehmerinteressen als erfolgreich in der schwierigen Wiederaufbauphase der 50er bis 70er Jahre des vergangene Jahrhunderts erwiesen. Auch heute wäre die Parole: „Gemeinsam lösen wir die Zukunftsprobleme“, das richtige Signal einer erfolgreichen Politik. Und mit einer solchen Politik: „Unternehmer und Arbeitnehmer Hand in Hand“, mit einer Wirtschaftspolitik der Gemeinsamkeit kann, respektive wird linke Politik wieder „in“ sein.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 02.11.2017

Heinrich Keuper